

MOZ - Daniela Windolff / 17.04.2018 Crussower Windkraftinitiative: Es reicht!

Angermünde (MOZ) Auf Einladung des Crussower Ortsvorstehers Dieter Grenz diskutierten Einwohner mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Jens Koeppen und der Landratskandidatin der CDU Karina Dörk ein Thema, das hier im Dorf alle bewegt: der Windkraftausbau in der Uckermark und vor allem rund um Angermünde.

„Es reicht!“ Zwei Worte, die den Zorn, die gefühlte Ohnmacht und den Willen vieler Einwohner in Crussow und umliegenden Orten auf den Punkt bringen, die seit Jahren gegen die Erweiterung des Windfeldes zwischen Neukünkendorf und Crussow kämpfen. „Es reicht!“ ist die Botschaft des langen Diskussionsabends im Dorfgemeinschaftshaus Crussow, zu dem Ortsvorsteher Dieter Grenz den CDU-Politiker und energiepolitischen Fraktionssprecher Jens Koeppen sowie die Landratskandidatin Karina Dörk einlud. Viele Bürger aus Crussow und aus umliegenden Orten wie Welsow und Neukünkendorf waren gekommen. Wirklich etwas bewegen konnten sie bisher nicht. Der Regionalplan ist festgezurrert und beschlossen und weist rund um Crussow ein Windeignungsgebiet aus, das von 58 auf 256 Hektar erweitert wurde und Platz für 14 neue Anlagen bietet, die bis zu 230 Meter hoch in den Himmel ragen. Die Investoren scharren mit den Hufen.

In Crussow fühlen sich die Bürger inzwischen verraten. „Wir haben gekämpft wie die Löwen. Aber die Bedürfnisse der Menschen haben offensichtlich weniger Gewicht, als die des Schwarzstorches“, macht Ortsvorsteher Dieter Grenz seiner Empörung Luft. Die Nerven liegen blank, das Dorf sei zerstritten, potenzielle Hauskäufer springen ab, weil die Windräder bedrohlich näher rücken. Von der Politik fühlen sie sich im Stich gelassen.

„Es reicht!“ Das findet allerdings auch Jens Koeppen. Der Bundestagsabgeordnete aus Schwedt reagiert zwar nicht aus direkter eigener Betroffenheit, sondern aus der Weitsicht als Bundespolitiker, aus dem Einblick in Strukturen, Gesetze und das Funktionieren von Demokratie, vor allem auch aus Vernunft. „Die Energiewende, so wie sie jetzt praktiziert wird, kann nicht so weitergehen. Sie muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Wir haben mittlerweile 800 Windkraftanlagen im regionalen Planungsgebiet Uckermark-Barnim. Und viele stehen lange Zeit still, weil der Strom, den sie produzieren, so viel ist für die Leitungskapazitäten. Da kann mir niemand erklären, warum dann noch mehr Windräder aufgestellt werden sollen. Die Idee der sauberen Windenergie ist vom Grundsatz her gut. Aber nicht, wenn die Energieversorgung zur Renditeversorgung wird und die Windmüller Geld bekommen, auch wenn die Windräder abgestellt sind. Das ist marktwirtschaftlich absurd!“, empört sich Jens Koeppen, der auch im Bundestag vehement solche kritischen Fragen stellt und die Änderung des EEG-Gesetzes fordert. Die Akzeptanz der Bürger sei schon lange nicht mehr gegeben.

Die letzte Entscheidungshoheit den Kommunen zu gewähren, fordert auch Karina Dörk, die als Bürgermeisterin der Stadt Strasburg selbst Erfahrungen mit Windplanungen machte. „Wir haben in Strasburg über sechs neue Windkraftanlagen lange und heftig gestritten, um dann festzustellen, dass unsere Entscheidung einfach weggewogen wurde. Sie hatte überhaupt keine Relevanz“, berichtet Karina Dörk. Die Crussower wollten ihr als Kandidatin für das Landratsamt der Uckermark auf den Zahn fühlen, wie sie sich zur Windkraft positioniert. „Ich bin kein Windkraftgegner“, stellt die Landratskandidatin klar und betont außerdem, dass sie nichts versprechen werde, wovon sie jetzt schon weiß, dass sie es auch als Landrätin nicht halten und beeinflussen könne. Sie müsse sich als Bürgermeisterin und auch als Landrätin an Recht und Gesetz halten und die Regionalplanung sei übergeordnetes Recht. Dennoch könne sie die Wut der Crussower Bürger nachempfinden und werde als Landrätin regelmäßig in die Städte und Dörfer reisen, um mit den Bürgern persönlich zu sprechen. „Es kann nicht sein, dass wir hier an der Basis aufeinander gehetzt werden und sogar bis in die Familien hinein Gräben geschlagen werden. Wir brauchen eine Entscheidungsfreiheit für jede Gemeinde, ob sie das Windfeld haben will oder nicht.“

Ortsvorsteher Dieter Grenz und Rainer Ebeling von der Bürgerinitiative Crussow sagten deutlich, was sie von einem Landrat erwarten: Kommunikation und Interessenvertretung nach außen, dass die Uckermark keine weiteren Windräder verträgt. In der Prignitz gebe es ein solches Votum des Landrates. Jens Koeppen, der auch Kreistagsmitglied ist, schlug eine Brücke und kündigte an, einen entsprechenden Antrag in den Kreistag einzubringen, der den Landrat oder die Landrätin beauftragt, diesen Willen zur Landesbehörde zu tragen und als Kreis das Moratorium zum Stopp des Windkraftausbaus in Brandenburg zu unterstützen. „Es reicht tatsächlich. Das müssen alle Ebenen laut und deutlich sagen!“